

Ferner wünscht Gmelch den Zusatz: „Sorge für den Kirchenbesuch“ besonders im Interesse der Handwerker-schüler. Diese lassen sich in vielen Fällen die ärgsten Verschäumnisse zu Schulden kommen und es sei nicht in der Gewalt des Pfarrers Zwangsmaßregeln dagegen anzuwenden.

Dem gegenüber bemerkt der Präsident, es sei hier nicht der geeignete Ort für eine solche Bestimmung. Sie sei eigentlich auch nicht nothwendig, denn in dem Sage: „Beaufsichtigung des sittlichen Betragens des Kindes außer der Schule“ sei eine Handhabe gegeben gegen solche Unordnungen einzuschreiten.

Es bleibt sonach der ganze Artikel 5 unverändert, ebenso 6 und 7. Im Artikel 8 ist der Ausdruck „als Landes-schulbehörde“ zu streichen.

Endabstimmung: Alle: „Ja“.

Das östr. Gesetz über Hausdurchsuchung wird einstimmig angenommen.

Das Finanzgesetz pro 1865 kommt nicht zur II. Lesung. Der Ausschuss für die Berathung der Steuerfrage hat sich für Durchführung der Landesvermessung entschieden. Im Falle der Landtag dieser Ansicht beistimmt, müsste sich der Ausgabe-Etat pro 1865 bedeutend ändern. Es sei daher wünschenswerth, erst die Frage der Landesvermessung und dann das Finanzgesetz pro 1865 zu erledigen.

Schluss der Sitzung.

Rundschau.

Wiener Zeitungen rühmen das herzliche Einvernehmen zwischen dem Kaiser und dem König von Preußen. Durch die unmittelbaren persönlichen Berathungen der hohen Herrscher glaubt man die österreichisch-preussische Allianz auf lange hinaus gesichert. Preußen wird nun in der Zollfrage gewiß nachgiebiger werden und Oestreich keinen Widerspruch erheben, wenn Preußen sich das Herzogthum Lauenburg als Kriegsentschädigung annerknen wollte. Indes gibt es auch Leute, deren Erwartungen, namentlich in Bezug auf die Zollangelegenheit, nicht so hoch gespannt sind.

Erinnert man sich an die gründlich verschiedenen Interessen und Absichten der beiden Staaten und liest man neuere Berichte aus Berlin, welche den Stand der Zollfrage besprechen, so ist man geneigt, sich auf Seite der Zweifler zu stellen. Da heißt es, Preußen sei durch den französischen Handelsvertrag gebunden; in den Zollverein dürfe es Oestreich gegenwärtig nicht einlassen, dazu würde in keinem Fall die preussische Landesvertretung ihre Zustimmung geben. Höchstens könne man Oestreich das Versprechen machen, nach 12 Jahren die gänzliche Zolleinigung zu verhandeln. Gegenwärtig dürften nur solche Zollerleichterungen zugestanden werden, mit welchen Frankreich einverstanden sei!

König Wilhelm begab sich von Wien über München nach Hohenschwangau zum Besuche des Königs von Bayern. Ueberall begleitet ihn der getreue Hr. v. Bis-mark. — Auch die „Bayrische Ztg.“ ist durch diesen —

fast unerwarteten Besuch zu friede- und glückverheißenden Prophezeihungen begeistert worden.

In Genf sind die extremen politischen Parteien heftig aneinander gerathen, wobei es zu Straßenkämpfen, Verwundungen und Tödtungen kam. Die Wahl eines Staatsrathes war durch Umtriebe der Minorität für ungültig erklärt worden. Die Majorität wollte diese Wahl aufrecht erhalten wissen und so begann der Tumult. Der Bundesrath sandte einen Kommissär nach Genf und ließ einige Bataillone Waadtländer Soldaten einmarschieren, so daß die Ruhe wieder einkehrte.

Der nordamerikanische Krieg wird wahrscheinlich bald durch einen Waffenstillstand unterbrochen oder durch einen Frieden beendet werden. In den Nordstaaten entwickelt sich eine große Partei, die um jeden Preis den Frieden möchte.

Die gegenseitigen Verluste während des polnischen Aufstandes klären sich nun immer mehr und mehr ab. Die offiziellen Rapporte von Russen und Polen konstatiren, daß sich die Zahl der getödteten und blessirten Insurgenten auf 30,000 belaufe; 350 Personen wurden hingerichtet und 85,000 nach dem Innern Rußlands oder Sibirien verbannt. Von der polnischen Seite hat das Nationalkomitee 900 Personen morden lassen, welche überführt waren, Verrätherei gegen die polnische Sache geübt zu haben. Die russische Regierung hat an außerordentlichen Kontributionen Polen 6 Mill., Lithauen 8 Mill., Volhynien, Podolien und Kiew 6 Mill. auferlegt; überdies in Polen über 700 Eigenthümer und in Lithauen 10 über 2000 Eigenthümer Sequester verhängt, theilweise die Güter verkauft oder verschenkt. Die Nationalregierung hat Polen mit 6 Mill. Silberrubeln besteuert, Lithauen mit 3 Mill., Volhynien, Podolien und Kiew mit 6 Mill., Galizien mit 2½ und das Großherzogthum Posen mit 1 Mill. Silberrubel. — Die beiden Anleihen der Nationalregierung umfassen 2 Mill. Silberrubel. — 10,000 Polen sind ins Ausland gegangen; 6000 schmachten noch in den Gefängnissen.

Allerhand Neuigkeiten.

Baduz, 30. August. Die diesjährige Pferdeausstellung findet am 24. September zu Mendeln statt. Es kommen dabei die von Sr. Durchlaucht zur Hebung der Pferdezucht gnädigst bewilligten 7 Prämien im Betrage von 99 fl. zur Vertheilung, darunter 30 fl. für die schönste trächtige oder mit einem Füllen versehene Stute zwischen 4 und 8 Jahren. — In jüngster Zeit wurde von der kstl. Regierung und Forstverwaltung im Einvernehmen mit den Alpvögten eine Untersuchung der Waldparzellen des Alpengebietes vorgenommen. Es besteht die Absicht, die geeignetsten Parzellen einer rationalen Forstkultur zu unterwerfen. Die Ausführung dieser Maßregel ist von höchwichtiger Bedeutung, weil nur auf diesem Wege der Entwaldung und Verödung des Alpengebietes nachhaltig entgegengewirkt werden kann.

Borarlberg. Ueber den zum Tod verurtheilten Gasfer ist noch keine endgiltige Entschließung erfolgt. — Am